

WMI

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

40

Ausgabe 4. Oktober 2019

Inhalt

- 2 Mieterstrom:** Ein Bündnis aus 12 Verbänden macht Vorschläge, wie es mit dem Mieterstrommodell vorangehen kann, das bislang weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.
- 3 Mietrecht:** Die Positionen der SPD-Fraktion sind keine Basis für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland und hätten negative Folgen für Vermieter und Mieter.
- 4 Digitalisierung:** Vertreter aus Politik und Wirtschaft diskutierten die Standortperspektiven und Handlungsbedarfe für die Entwicklung eines deutschen Smart-Living-Leitmarkts.

Analyse zeigt: Strenge Regulierung des Mietmarkts kann zulasten der Mieter gehen

Berlin – Je strenger der Mietmarkt reguliert ist, desto mehr Haushalte legen sich ein eigenes Heim zu. Das hat eine Analyse der Mietmarktregulierung der vergangenen 100 Jahre in 27 Ländern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ergeben. Regulierung, die Mieterhaushalte schützen soll, führt dazu, dass das Angebot an Mietwohnungen schrumpft. Daher dürfen aktuell angedachte Regulierungsmaßnahmen die Interessen von Investoren und Vermietern nicht außer Acht lassen.



Dank eines neuen, historischen Datensatzes analysiert die Studie des DIW Berlin den Zusammenhang zwischen der Regulierung des Mietmarkts und der Eigenheimquote in 27 Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über einen Zeitraum von 100 Jahren. Zentrales Ergebnis: Je strenger der Mietmarkt reguliert wird, desto mehr steigt der Anteil der Haushalte, die im eigenen Heim leben. Dieser Befund gilt unabhängig von den Faktoren, die den Anstieg der Eigenheimquote in allen untersuchten Ländern in den vergangenen Jahrzehnten grundsätzlich begünstigt haben, zum Beispiel die Alterung der Gesellschaft und die Liberalisierung der Finanzmärkte.

Dass mehr Menschen Immobilien besitzen ist aus Sicht des DIW zwar zu begrüßen, denn Immobilien sind ein wesentlicher Bestandteil von Vermögen und können eine wichtige Rolle bei der Altersvorsorge spielen. Allerdings muss auf jedem Wohnungsmarkt ein gewisser Anteil der Wohneinheiten zur Vermietung zur Verfügung stehen, denn nicht jeder kann und will in der eigenen Immobilie leben, gerade in Großstädten oder in bestimmten Phasen des Lebens. Indem sie aber das Angebot an Mietwohnungen reduziert, kann die Regulierung des Mietmarkts den Wohnungsmarkt aus diesem Gleichgewicht bringen.

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Kabinett beschließt Ergänzungshaushalt für Klimapakete

Mit einem Ergänzungshaushalt will Bundesfinanzminister Scholz die Finanzierung des Klimapakets sicherstellen. Die Maßnahmen sollen sich auf 54 Milliarden Euro bis 2023 summieren, berichtete das *Handelsblatt* am 2. Oktober 2019. Trotz der zusätzlichen Ausgaben im Haushalt 2020 komme man „ohne neue Schulden“ aus, werde in der am 2. Oktober vom Bundeskabinett beschlossenen Vorlage betont. Der Energie- und Klimafonds soll sich vor allem aus der CO₂-Bepreisung der Sektoren Gebäude und Verkehr sowie aus dem Zertifikatehandel speisen. (wi)

Knapp ein Viertel der Haushalte heizt die Wohnung mit Öl

Die Ölheizung verschwindet nur langsam aus Deutschlands Wohnungen. Dies zeigen die Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation in Deutschland für das Jahr 2018. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, hat sich von 2014 bis 2018 bezüglich des Heizverhaltens wenig geändert: Auch im Jahr 2018 sorgen überwiegend die fossilen Energieträger Gas und Öl in deutschen Privathaushalten für Raumwärme und warmes Wasser. (wi)

Mehr Erwerbstätige

Im August 2019 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 45,1 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber August 2018 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 Prozent zu. (wi)



Energiewende in die Städte bringen – Verbändebündnis legt Sieben-Punkte-Plan für mehr Mieterstrom vor

Berlin – Mit dem Mieterstromgesetz sollten Bewohner von Mehrfamilienhäusern kostengünstig mit Solarstrom versorgt werden. Die Bundesregierung stellte am 18. September 2019 in ihrem Mieterstrombericht jedoch fest, dass das Mieterstrommodell „weit hinter den Erwartungen“ zurückbleibt. Damit wurde das Ziel, die Solarenergie in die Städte zu bringen, verfehlt. Ein Bündnis aus 12 Verbänden macht Vorschläge, wie es besser geht.



„Klimaschutz wird ohne Photovoltaik-Anlagen und Blockheizkraftwerke (BHKW) in den Wohnquartieren nicht funktionieren. Solange die Stromerzeugung vor Ort und der direkte Verbrauch in den Quartieren durch die Mieter für die Wohnungsunternehmen den Verlust der Gewerbesteuerbefreiung für die Vermietungstätigkeit bedeutet, bleibt die urbane Energiewende aus. Voraussetzung für die Wirksamkeit des Mieterstromgesetzes sind damit Folgeänderungen im Gewerbesteuergesetz dahingehend, dass auch

der Betrieb von Solaranlagen auf Hausdächern grundsätzlich wie der Betrieb von Heizungsanlagen anerkannt wird. Damit auch Quartierslösungen funktionieren, muss dies auch für Blockheizkraftwerke gelten“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Sieben-Punkte-Plan für ein besseres Mieterstromgesetz

12 Verbände haben sieben konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen

Mieterstrom endlich attraktiver werden kann. Dazu gehört, dass die Förderung von Mieterstrom und Eigenstrom der Hauseigentümer gleichgestellt wird und dass ein großer Anteil der Mieterstromvergütung auch bei den Haushalten ankommt. Die bürokratischen Hürden müssen abgebaut werden, sodass Mieterstrom auch für kleine Mehrfamilienhäuser bis zu sechs Wohnungen attraktiv wird. Die enge räumliche Begrenzung des Mieterstroms muss erweitert werden. Nur so können auch Bewohner von Nachbargebäuden, auf denen keine Photovoltaik-Anlagen installiert werden können, in den Genuss von günstigem Mieterstrom gelangen. Nicht zuletzt müssen steuerliche Hemmnisse für Vermieter abgebaut und Genehmigungsfristen verkürzt werden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich handeln, das Mieterstromgesetz grundlegend verbraucherfreundlich überarbeiten und damit die Energiewende in die Städte bringen. (burk/schi) ■

➔ Das Positionspapier der Verbände finden Sie unter <https://bit.ly/2nn6FK1>

➔ Fortsetzung von Seite 1

„Zugespißt könnte man sagen, dass die Maßnahmen, die Mieterinnen und Mieter schützen sollen, auch dazu führen, dass diese immer weniger werden – sie werden gewissermaßen aus dem Markt gedrängt“, fasst Studienautor Konstantin Kholodilin zusammen. „Diese Erkenntnis muss die Politik bei den aktuellen Diskussionen um Maßnahmen wie einen Mietendeckel selbstverständlich im Blick haben, sonst könnte man unter Umständen das Gegenteil von dem erreichen, was man bezweckt – so wichtig Regulierungen des Wohnmarkts sozialpolitisch auch sind.“

Teilung des Markts in zwei Segmente

Der Zusammenhang zwischen intensiver Mietmarktregulierung und steigender Wohneigentumsquote kann zwei Gründe haben, so Kholodilin und Ko-Autor Sebastian Kohl. Einerseits kann es sein, dass die Vermieter der regulierten Wohnungen diese nicht mehr profitabel

vermieten können und sie zum Verkauf anbieten, was das Angebot an Mietwohnungen reduziert. Andererseits führt die Regulierung, die nur einen Teil der Wohnungen und Häuser betrifft, zu einem zweigeteilten Markt: auf der einen Seite ein regulierter Markt mit niedrigen Mieten, in dem die Mieter ihre Wohnungen nicht aufgeben und in den Wohnungssuchende vergeblich versuchen einzutreten; auf der anderen ein freier Markt mit sehr hohen Mieten, die sich nur wenige leisten können.

„In einer solchen Konstellation müssen sich viele Menschen trotz hoher Kosten Wohneigentum zulegen, sie haben praktisch keine Wahl“, so Kholodilin. „Das ist zum Beispiel in Schweden der Fall, wo die Wohneigentumsquote folglich rund 62 Prozent beträgt.“ In den skandinavischen Ländern wurden Mietpreise in der Vergangenheit intensiv reguliert und sind es vergleichsweise immer noch. Auch in Norwegen leben 78 Prozent der Menschen in einer Immobilie im Eigenbesitz.

In Deutschland ist die Wohneigentumsquote mit 46 Prozent vergleichsweise niedrig. Die Intensität der Mietpreiskontrolle war hierzulande in den 1940er bis Anfang der 1960er Jahre sehr hoch – das entsprach einer Phase der starken Steigerung der Wohneigentumsquote. Seitdem ist die Regulierungsintensität trotz Einführung der Mietpreisbremse im Jahr 2015 deutlich zurückgegangen.

„Maßnahmen wie ein Mietendeckel würden die Regulierungsintensität wieder ansteigen lassen und zu einem anderen Gleichgewicht zwischen Miet- und Eigentumswohnungen führen,“ so Kholodilin. „Wichtig bei der Ausgestaltung neuer Regulierungsmaßnahmen ist, dass die Politik die Interessen aller Parteien, also auch der Investoren und Vermieter, im Blick hat, damit das Angebot an Wohnraum nicht zu sehr schrumpft,“ fügt der Studienautor hinzu. (ri/burk) ■

➔ Weitere Informationen finden Sie im DIW Wochenbericht 38/2019: <https://bit.ly/2kRHZ55>

Wohnungswirtschaft im Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus

Berlin – Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und das Klimapaket der Bundesregierung – das waren die Themen im Fokus des Gesprächs von Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, und Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus am 26. September 2019 in Berlin.

„Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängenden sozialen Fragen unserer Zeit, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land“, so Brinkhaus. „Es ist daher wichtig, dass die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu gehören beispielsweise auch die Maßnahmen, die im Klimaschutzprogramm 2030 zur Verringerung der CO₂-Emissionen enthalten sind. Um diese richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, ist natürlich auch ein enger Austausch mit den betroffenen Unternehmen hilfreich.“

Gedaschko und Esser thematisierten das Klimapaket der Bundesregierung und appellierten daran, Ergänzungen herbeizuführen, damit die Wohnungsunternehmen in die Lage versetzt werden, die Klimaziele im Gebäudebereich sozialverträglich zu



Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

erreichen. Während das Klimapaket zwar Ansätze für eine verbesserte Förderung bereit hält, fehlt jedoch die stärkere Förderung von einfachen Einzelmaßnahmen, die einen großen Effekt haben können. Angesichts der auf zwei Euro pro Quadratmeter begrenzten Mieterhöhung nach Modernisierung können Wohnungsunternehmen ohne Zuschüsse kaum noch umfassend sanieren.

Die GdW-Vertreter sprachen außerdem an, dass im Abschlussbericht der Kommission zur Schaffung „Gleichwertiger Lebensverhältnisse“ keine einheitliche Positionierung des Bundes und der ostdeutschen Bundesländer zur Frage der Altschulden bei den Wohnungsunternehmen erkennbar sei. Hier ist dringend eine Lösung gefragt. Notwendig seien Investitionshilfen für besonders belastete Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland, die in Gemeinden mit Leerständen von über 10 Prozent liegen.

In diesem Zusammenhang sprach sich GdW-Präsident Gedaschko dafür aus, die Regelungen für den Stadtumbau in den neuen Bundesländern auf ganz Deutschland zu übertragen. „Die Erfolgsgeschichte des Stadtumbau Ost hat mit der engen Partnerschaft zwischen Wohnungswirtschaft und Kommunen den Schrumpfungsprozess systematisch gestaltet und mit nachhaltiger



GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser



GdW-Präsident Axel Gedaschko

Aufwertung der Wohn- und Stadtquartiere verbunden. Dies kann Vorbildcharakter für die strukturschwachen und schrumpfenden Regionen in den alten Bundesländern haben und weitere Attraktivitätsverluste von Städten verhindern“, so Gedaschko. Er schlägt vor, die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung in diesem Sinn anzupassen. (burklschi) ■

SPD-Pläne zum Mietrecht sind keine Basis für eine gute Wohnungspolitik

Berlin – „Die Positionen der SPD-Fraktion zum Thema Mietrecht sind keine Basis dafür, mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu schaffen und hätten negative Folgen für Vermieter und Mieter“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, zu dem Papier, das die Fraktion anlässlich ihrer Wohnkonferenz am 24. September 2019 veröffentlicht hat. Demnach soll unter anderem ein bundesweiter Mietenstopp eingeführt werden und die Mieten in angespannten Wohnungsmärkten nur noch in Höhe der Inflation steigen dürfen.

„Offenkundig wird das Thema Wohnen von der SPD als reines Sozialgut behandelt. Wohnen muss aber gleichzeitig auch ein Wirtschaftsgut sein, denn ansonsten funktioniert es als Sozialgut nicht. Die SPD-Pläne gefährden die Wirtschaftlichkeit und damit die Zukunft des Wohnens eindeutig, denn ihre Umsetzung hätte zur Folge: weniger Wohnungsneubau und kaum noch Möglichkeiten für die Unternehmen, sich jenseits ihres Kerngeschäftes noch dem Erhalt und der Pflege der Wohnquartiere zu widmen“, warnte GdW-Präsident Axel Gedaschko. Erst zum Jahresanfang

war ein umfassendes Mieterschutzgesetz in Kraft getreten, vor wenigen Wochen hat der Koalitionsausschuss die Verlängerung der Mietpreisbremse und des Betrachtungszeitraumes beim Mietspiegel beschlossen. Die aktuellen SPD-Vorschläge greifen damit über das hinaus, was im SPD-besetzten Justizministerium derzeit umgesetzt wird.

Das SPD-Papier enthält mit Vorschlägen für das Baugesetzbuch und der Personalausstattung für die Kommunen auch einige positive Vorschläge. Diese werden jedoch

von den überzogenen Regulierungsideen wieder zunichte gemacht. Der GdW und seine Mitglieder setzen sich bundesweit für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums unter wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein. Das muss die Diskussionsgrundlage für Partnerschaften vor Ort oder in der Politik bleiben.

(burklschi) ■

➔ Das SPD-Papier finden Sie unter <https://bit.ly/2IH5I44>, die 20 GdW-Vorschläge für bezahlbares Wohnen unter <https://bit.ly/2L0EXwB>

Wirtschaftsminister Altmaier: „Smart Living ist wichtiger Zukunftsmarkt“ – Konferenz zu Potenzial und Perspektiven von Smart Living in Berlin

Berlin – Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenzial von Smart-Living-Technologien stand im Mittelpunkt der Konferenz „Mega-Ökosystem Smart Living“ am 23. September 2019 in Berlin. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der Wirtschaftsinitiative Smart Living (WISL) ausgerichtet. Vertreter aus Politik und Wirtschaft, darunter auch Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW und Leiterin des Strategiekreises der Wirtschaftsinitiative Smart Living, diskutierten die Standortperspektiven und Handlungsbedarfe für die Entwicklung eines deutschen Smart-Living-Leitmarkts.

„Smart Living ist für die deutsche Wirtschaft ein wichtiger Zukunftsmarkt. Intelligente Gebäudetechnik kann zu Hause für mehr Komfort und Sicherheit sorgen und dabei helfen, Energie einzusparen“, erklärte Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier**. „Smart-Living-Anwendungen verbinden wichtige Zukunftsmärkte wie

Smart Healthcare, Smart Mobility, Smart City bis hin zu FinTech und sind ein wichtiger Baustein für die Bewahrung technologischer Souveränität der deutschen Wirtschaft. Dies gilt vor allem für Künstliche Intelligenz als maßgeblichem Treiber für innovative, intelligente Smart-Living-Anwendungen.“

Lebensqualität mit Smart-Living-Technologien erhöhen

Smart-Living-Technologien sollen die Lebensqualität im häuslichen Bereich erhöhen. An der Konferenz nahmen Akteure der Herstellerbranchen und des Handwerks ebenso teil wie Vertreter der

Weiter auf Seite 5 ➔



GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser erläuterte die Erfolgsfaktoren von Smart-Living-Angeboten.



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im Dialog mit GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser, Leiterin des Strategiekreises der Wirtschaftsinitiative Smart Living, und Hans-Georg Krabbe, Leiter des Lenkungsreises der Wirtschaftsinitiative.

Wohngeld ist wesentlicher Schlüssel für bezahlbares Wohnen – GdW bei Anhörung im Deutschen Bundestag

Berlin – „Bezahlbares Wohnen kann nur dann wirtschaftlich gesichert werden, wenn der Staat seine Verantwortung gerade für einkommensschwache Haushalte stärker wahrnimmt. Das Wohngeld ist dafür ein zentraler Schlüssel. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass das Wohngeld künftig dynamisch ist und alle zwei Jahre angepasst werden soll“, erklärte Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, am 25. September 2019 bei der Anhörung zur Stärkung des Wohngeldgesetzes im Deutschen Bundestag.

Der GdW vertrat bei der Anhörung die Interessen von rund 3.000 Wohnungsunternehmen. Der durchschnittliche staatliche Mietzuschuss für einen Zwei-Personen-Haushalt soll zum 1. Januar 2020 von 145 Euro auf 190 Euro im Monat steigen.

Mit der Erhöhung und regelmäßigen Anpassung des Wohngeldes werde der Entwicklung der vergangenen Jahre Rechnung getragen, denn die Wohnkosten und die Verbraucherpreise sind seit der letzten Anpassung zum 1. Januar 2016 deutlich gestiegen, so die GdW-Hauptgeschäftsführerin. „Dabei braucht es verschiedene Instrumente, um bezahlbaren Wohnraum

für Menschen mit niedrigem Einkommen zu sichern – die zwei wichtigsten sind sozialer Wohnungsbau und ein wirksames Wohngeld“, so Esser.

Gleichzeitig appellierte die Hauptgeschäftsführerin an Städte, Gemeinden sowie die Agentur für Arbeit und die Rentenversicherung, die Menschen noch viel stärker über die Unterstützungsmöglichkeit durch das Wohngeld aufzuklären. „Die unterschiedlichen Systeme von Wohngeld und Kosten der Unterkunft führen häufig bei den Menschen zu einer Unklarheit darüber, ob und welche Leistung in Anspruch genommen werden kann. Hier

muss nachgearbeitet werden“, so Esser. Der Gesetzentwurf ist aus Sicht der Wohnungswirtschaft dennoch erst ein Anfang auf dem Weg, mehr Menschen finanziell zu unterstützen. „Beim Wohngeld fehlt nach wie vor eine Klimakomponente“, so Esser. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum beim Wohngeld die Heizkosten strukturell anders berücksichtigt werden als bei den Kosten der Unterkunft (KdU). Angesichts der enormen Herausforderungen rund um das bezahlbare Wohnen sollten die Mittel für das Wohngeld außerdem insgesamt auf zwei Milliarden Euro erhöht werden“, erklärte Esser abschließend.

(burklschi) ■

➔ Fortsetzung von Seite 4

Anwenderseite, etwa der Wohnungswirtschaft. „Um den deutschen Smart-Living-Leitmarkt zu entwickeln, ist es erforderlich, Marktinteressen zu bündeln, Qualität und Sicherheit von ‚Smart Living – Made in Germany‘ zu verdeutlichen und den Fortgang des internationalen Marktgeschehens entscheidend mitzubestimmen“, sagte die Leiterin des Strategiekreises der WISL und Hauptgeschäftsführerin des GdW, Ingeborg Esser. „Attraktive Anwendungen mit erkennbaren Mehrwerten und Investitionssicherheit für Kunden sowie gesellschaftliche Akzeptanz und Vertrauen in das Smart-Living-Angebot sind entscheidende Erfolgsfaktoren.“

„Die Entwicklung eines deutschen Smart-Living-Leitmarkts ist das Ziel der Wirtschaftsinitiative. Sie bietet dazu eine international einzigartige Kooperationsplattform für Hersteller, für Anwender wie die Wohnungswirtschaft und für das Handwerk“, erklärte **Hans-Georg Krabbe**, Leiter des Lenkungskreises der WISL und Vorstandsvorsitzender der ABB AG.

Der Wirtschaftsinitiative Smart Living haben sich inzwischen 26 Verbände, Initiativen und Allianzen sowie über 55 Unternehmen angeschlossen. Die Initiative wird vom BMWi durch eine koordinierende Geschäftsstelle politisch flankiert. Außerdem fördert das BMWi Smart Living mit

den Forschungsvorhaben SENSE, SUITE und ForeSight. Zentrales Ziel der Vorhaben ist es, die Interoperabilität zwischen verschiedenen Geräten und Herstellern zu verbessern.

Bislang gibt es keine amtliche Definition und Statistik zum Smart-Living-Markt. Vorsichtige Schätzungen beziffern die durch Smart Living induzierten Umsätze in Deutschland auf rund 55 Milliarden Euro in 2019 und in der Prognose für 2023 auf circa 74 Milliarden Euro. (frelschi) ■

➔ Weitere Infos unter www.smart-living-germany.de

UMFRAGE

Repräsentative Befragung zeigt: Mieter in der Wohnungswirtschaft sind heute zufriedener als noch vor einigen Jahren

Bochum – Die Mieter und Wohnungsbesitzer in Deutschland sind mit ihrer Wohnung, dem Umfeld und der Miete selbst zufriedener als noch vor einigen Jahren. Das haben Befragungen des Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) und Analysen der EBZ Business School ergeben.

2019 waren Mieter und Wohnungsbesitzer zufriedener mit ihrer Wohnsituation als noch im Jahr 2007. Langfristig stellte InWIS einen stetigen Aufwärtstrend in der Wohnzufriedenheit fest. Dafür hat das Institut vor allem Mieter bei kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaftsbefragten befragt.

Mieter schätzen Service und Kundenorientierung

Die Wohnzufriedenheit setzt sich zusammen aus den Faktoren Wohnung, Gebäude, soziales Umfeld, Wohnumfeld und Service. Mieter sind demnach vor allem mit dem Service und der Kundenorientierung der Wohnungsunternehmen zufrieden.

Mieter sind zudem häufiger der Meinung, dass sich ihre Mietsituation verbessert hat –

in Noten ausgedrückt ist eine Verbesserung von 2,05 auf 1,86 festzustellen. Gleichzeitig ist die Gruppe der Unzufriedenen auf die Hälfte geschrumpft.

Wie zufrieden Mieter mit ihrer Mietsituation sind, hängt dabei eng damit zusammen, wie lange sie bereits in ihrem Quartier leben. 79 Prozent aller Befragten gaben an, länger als fünf Jahre in einem Wohnviertel zu leben. Je älter die Mieter sind, desto geringer ist ihr Wunsch, ihre Wohnung zu verlassen.

Mehrheit findet Mietkosten günstig und angemessen

Die Mieter waren bei einer Befragung im Jahr 2018 zudem mehrheitlich der Meinung, ihre Mietkosten seien sehr günstig, günstig oder angemessen. Nur 19 Prozent waren laut der InWIS-Befragung der

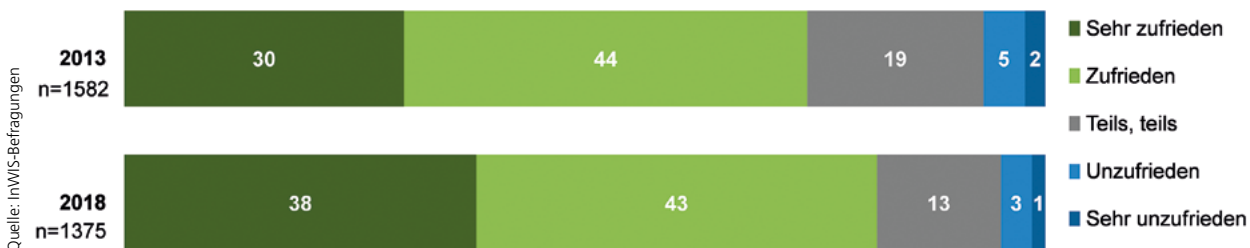
Ansicht, ihre Mietkosten seien hoch oder viel zu hoch. Hier haben sich die Werte im Vergleich zur vorhergegangenen Befragung aus dem Jahr 2013 so gut wie nicht verändert.

Zur Methode: Das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) in Bochum, fertigt seit rund 20 Jahren Befragungen bei Mietern an, vorrangig zu deren Wohnsituation und Wohnzufriedenheit. Jährlich macht InWIS rund 12.000 Interviews in standardisierter Form schriftlich, telefonisch und online, sodass diese als repräsentativ angesehen werden können.

(vorfischi) ■

➔ Eine ausführlichere Analyse mit weiteren Befragungsergebnissen lesen Sie in einer der nächsten Ausgaben der wi.

„Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrer jetzigen Wohnsituation?“



Mit 81 Prozent war eine überwältigende Mehrheit der 2018 befragten Mieter mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden oder zufrieden.

Klimaschutz vs. Bezahlbares Wohnen: „Das funktioniert einfach nicht mehr“

Wilhelmshaven – Rund 250 Teilnehmer, prägnante politische Botschaften und ein deutliches Lob des niedersächsischen Bauministers Olaf Lies (SPD) prägten den Verbandstag des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw) Anfang September 2019 in Wilhelmshaven. „Ohne diesen starken Verband hätte es den Erfolg im Bündnis für bezahlbares Wohnen nicht gegeben“, unterstrich Lies.



Fotos: PHOTOHOUSE DANIELA SCHWORM

vdw-Verbandsdirektorin Dr. Susanne Schmitt mit Prüfungsdirektor Gerhard Viemann, dem Verbandsratsvorsitzenden Andreas Otto, dem Bremer Staatsrat Ronny Meyer, dem niedersächsischen Bauminister Olaf Lies und GdW-Präsident Axel Gedaschko (v. l.)



GdW-Präsident Axel Gedaschko warnte eindrücklich vor überhöhten energetischen Anforderungen an sozial orientierte Vermieter.

vdw-Verbandsdirektorin Dr. **Susanne Schmitt** und die Vorstände der beiden traditionsreichen Wilhelmshavener Wohnungsgenossenschaften betonten zum Auftakt des Verbandstages bei einem Pressegespräch die unterschiedlichen Entwicklungen in wachsenden Ballungsräumen und strukturschwachen Gebieten. Schmitt hob zudem hervor, „dass der Rückgang der Fertigstellungszahlen beim Wohnungsbau in Niedersachsen besorgniserregend“ sei. Den Abwärtstrend führt sie auf eine Fülle investitionshemmender Faktoren zurück: hohe Baukosten, fehlendes Bauland, lange Planungs- und Genehmigungszeiten und ausgeschöpfte Kapazitäten in Bauindustrie und Bauhandwerk.

Investitionshemmer und Kostentreiber

Zudem kennen die Baupreise nur eine Richtung: aufwärts. „Am gravierendsten sind die Kostensteigerungen beim Ausbau der Gebäude“, betonte Schmitt und verwies auf immer strengere Vorschriften. Oft müssten für einen Quadratmeter Wohnraum in den niedersächsischen Ballungsräumen und im Land Bremen mehr als 4.000 Euro investiert werden. Auch deshalb haben die vdw-Mitgliedsunternehmen ihren Schwerpunkt 2018 nicht beim Neubau, sondern bei Modernisierung und Instandhaltung gesetzt. Insgesamt investierten sie mehr als 1,2 Milliarden Euro, davon knapp 640 Millionen in die Sanierung bestehender Gebäude – ein neuer Höchststand.

Elektromobilität und Nachbarschaften

Bei einer interdisziplinären Fachtagung appellierte Dr. **Klaus-Dieter Clausnitzer** vom Fraunhofer Institut in Bremen beim Thema Elektromobilität an die Branche, die Chancen der neuen Technologie nicht zu verspielen. Er empfahl der Woh-

nungswirtschaft, sich auf Länderebene unter anderem für eine bessere Förderung von Ladestationen in Mietobjekten einzusetzen. **Cordula Fay**, Referatsleiterin Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Raumordnung beim Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW, gab einen Überblick über die erfolgreiche Arbeit der Wohnungsunternehmen in Quartieren, warnte aber zugleich davor, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Interessiert nahm sie einen Vorschlag von **Martin Fischer**, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Niedersachsen, aus dem Publikum auf, der im Sinne des Bündnisses für Wohnen ein „Bündnis für gute Nachbarschaften“ vorschlug. **Dieter Wohler**, Vorstand der Wilhelmshavener Wohnungsgenossenschaft Spar + Bau, berichtete beim Neubauprojekt „Wiesbadenbrücke“ von langen Vorarbeiten, vielen Gesprächen, komplizierten Gründungsarbeiten und kleinteiliger Bauschuttentsorgung. Zum Abschluss gab **Reno Schütt**, Geschäftsführer der GEWO Nordhorn, einen Einblick in das sogenannte Asbestkataster, mit dem das Unternehmen sowohl die Belastung der Bestandswohnungen als auch den Stand der Sanierungsarbeiten detailliert dokumentiert.

„Unsere Mitgliedsunternehmen wissen, dass Menschen Wohnungen brauchen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und die sie im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten auch bezahlen können“, betonte Verbandsdirektorin Dr. Schmitt. Sie sprach sich für eine verstetigte Wohnungsbauförderung, eine Baulandoffensive zugunsten der sozial orientierten Wohnungswirtschaft, schlankere Bauvorschriften, energetische Anfor-

derungen mit Augenmaß und neue Regeln für den Mieterstrom aus.

Der Wilhelmshavener Oberbürgermeister **Andreas Wagner** verwies auf die Leistungen der beiden örtlichen Genossenschaften. Der Verkauf der kommunalen Gesellschaft zur Beginn der „Nuller“-Jahre sei hingegen ein schwerer Fehler gewesen. „Auch wir merken jetzt, dass die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum nicht auf Knopfdruck gelingt. Dazu benötigt man einen langen Atem.“ Bauminister **Olaf Lies** knüpfte daran an und nannte das Bauprojekt Wiesbadenbrücke als gutes Beispiel, denn das begehrte Grundstück wurde nicht an einen renditeorientierten Investor, sondern eben an eine vor Ort verwurzelte Genossenschaft vergeben. Beim Thema Förderung gehe es jetzt darum, diese nicht nur auf den Neubau zu begrenzen. Vielmehr müsse die Bestandssanierung unterstützt werden, um stabile Nachbarschaften durch mittelbare Belegungen fördern zu können. **Ronny Meyer**, Staatsrat bei der Bremer Bausenatorin, attestierte auch für den Stadtstaat einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Zugleich sei es zunehmend problematisch, Bauland zu entwickeln ohne Anwohnerproteste auszulösen.

GdW-Präsident **Axel Gedaschko** warnte mit Blick auf das Klimakabinett die Bundesregierung davor, die Anforderungen an Wohnimmobilien in unrealistischer Weise zu verschärfen: „Es macht einen Riesenschon Unterschied, ob man 80 oder 95 Prozent CO₂-Einsparungen verlangt.“ Gemeinsam mit dem Mieterbund werde die Wohnungswirtschaft weiterhin darauf hinweisen, dass sich bezahlbares Wohnen und unangemessene Vorgaben zur Energieeffizienz von Wohngebäuden nicht vertragen. „Das funktioniert einfach nicht mehr“, sagte Gedaschko.

Beim abschließenden Festvortrag appellierte der Soziologe **Harald Welzer**, rechten Tendenzen in der Gesellschaft offensiv entgegenzutreten. Die offene, liberale Gesellschaft, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, sei eine „historische Leistung“. Umso mehr stelle sich die keineswegs triviale Frage: „Woher kommt bloß diese schlechte Laune?“ Welzer sprach in dem Zusammenhang von einer „Konsensverschiebung in der Gesellschaft“. Viele Leute hielten die Zukunft für etwas zu vermeidendes. Aber stattdessen müsse es doch heißen: „Die Zukunft ist etwas zu Gestaltendes.“ (dürschi) ■

WEG-Verwalter/in und Immobilienverwalter/in (IHK)

Oktober 2019, Wiesbaden

Immer mehr Immobilien sollen professionell verwaltet werden. Gestiegene Anforderungen der Kunden nach Beratung für Bestandserhaltung und zunehmender Konkurrenzdruck innerhalb der Immobilienbranche erfordern Kompetenz und Fachwissen. Der modular aufgebaute Kompaktlehrgang mit jeweiligem Prüfungsabschluss der Module vermittelt den Teilnehmern alle wesentlichen Komponenten einer Verwaltung von Miet- und Pachtobjekten sowie von Wohnungseigentum. Die praktischen Grundlagen der Haus- und Wohnungseigentumsverwaltung werden verständlich und nachhaltig vermittelt.

Weitere Infos: SFA, Telefon: 0611/9501880, E-Mail: info@sfa-immo.de, Internet: www.sfa-immo.de

Kooperation am Bau

5. November 2019, Berlin

Stetig steigende technische Standards und gesetzliche Vorgaben münden in einer deutlichen Zunahme von Leistungen und Akteuren auf der Planungsebene, was wiederum zu mehr Leistungen und etwaigen weiteren Akteuren auf der Ebene der Bauausführung führt. Naturgemäß erhöhen sich dadurch auch Schnittstellenrisiken und -verantwortlichkeiten bei Planung und Bauausführung. Aus Sicht der Akteure stellt sich die Frage, welche Risiken für die beteiligten Akteure infolge welcher Schnittstellen entstehen und wie diese rechtssicher gehandhabt werden können. Ziel dieses Seminars ist die für den Umgang mit Schnittstellenrisiken praxisrelevanten Rechtskenntnisse zu vermitteln und Wege für deren Umsetzung im alltäglichen Projektgeschäft aufzuzeigen. Es bietet rechtliches Rüstzeug für den „Blick über den Tellerrand“ und will dazu ermutigen, Schnittstellen durch zielführende Kooperation zu gestalten.

Weitere Infos: BBA, Kathrin Rosenmüller, Telefon: 030/23085535,

E-Mail: kathrin.rosenmueller@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

Wohnungsabnahme und -übergabe

5. November 2019, Bochum

Mieter, die dem Vermieter bei Vertragsende einen gedeckten Scheck über 4.000 Euro zum Ausgleich der Schäden aushändigen, sterben aus. Stattdessen werden Wohnungsrückgaben und Protokollerstellungen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht immer schwieriger: Erscheint der Mieter zum vereinbarten Termin? Sind die neuen Türen noch da? Was trägt man ins Protokoll ein? Wie beschreibt man Mängel? Muss der Mieter das Protokoll unterschreiben? Muss man ihm ein Exemplar aushändigen? Was tut man, wenn der Mieter die Arbeiten selbst ausführen will, aber erst in vier Wochen? Zu den Inhalten dieses Seminars gehören unter anderem die Anfertigung von Protokollen, bauliche Veränderungen durch den Mieter, versteckte Mängel, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und Schönheitsreparaturen.

Weitere Infos: EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de,

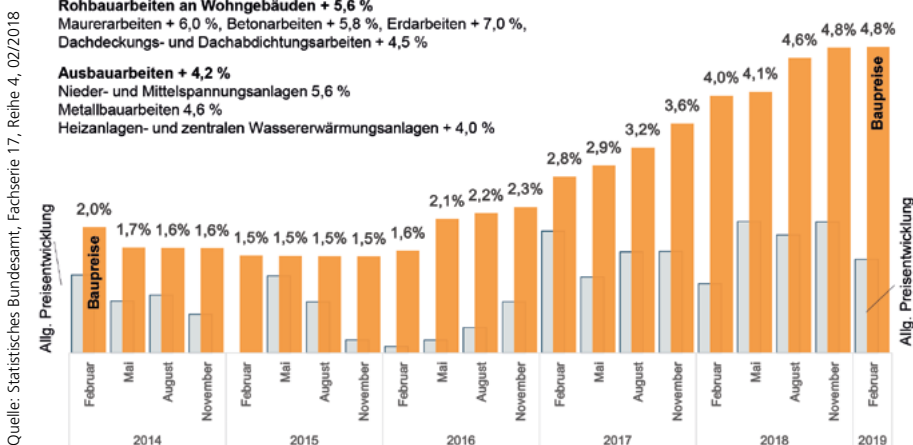
Internet: www.e-b-z.de

GRAFIK DER WOCHE**Bauen ist so teuer wie lange nicht mehr****Ende '18/Anfang '19: + 4,8 % höchster Anstieg der Baupreise in zwölf Jahren**

Rohbauarbeiten an Wohngebäuden + 5,6 %
Maurerarbeiten + 6,0 %, Betonarbeiten + 5,8 %, Erdarbeiten + 7,0 %, Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten + 4,5 %

Ausbauarbeiten + 4,2 %
Nieder- und Mittelspannungsanlagen 5,6 %

Metallobjekte 4,6 %
Heizanlagen- und zentralen Wassererwärmungsanlagen + 4,0 %



Die Kapazitätsgrenzen schlagen sich in den Baupreisen nieder. In der Grafik dargestellt: Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland, Veränderung zum Vorjahr in Prozent

WI Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Klingelhöferstraße 5
10785 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2019.
www.mediacentr.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:
126,80 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Den Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW finden Sie vom 7. bis 9. Oktober 2019 auf Europas größter Fachmesse für Immobilien in München, der Expo Real, am Stand der BID in Halle B2 (Stand 220). Hier das Standprogramm:



Montag, 7. Oktober 2019

11:00 Uhr
Standeröffnung
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender

11:15 Uhr
Halbzeit: Zwei Jahre GroKo – der Faktencheck
Talk mit den Präsidenten und der Politik:
Marco Wanderwitz Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender
Jürgen Michael Schick Präsident IVD
Dr. Andreas Mattner Präsident ZIA
Andreas Ibel Präsident BFW
Martin Kaßler Geschäftsführer VDIV
Moderation: Ulrike Trampe
DW Die Wohnungswirtschaft

12:00 Uhr
Zwischen den Zeilen
Zweigespräch zwischen
Michael Fabricius Die Welt und
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender

12:30 Uhr
Verleihung des DIA-Forschungspreises
Prof. Dr. Marco Wölfle Wissenschaftlicher Leiter CRES/DIA
Günther Oettinger EU Kommissar für Haushalt & Personal
Moderation: Peter Graf Geschäftsführer DIA

13:00 Uhr
Baulandkommission – Der Praxischeck!
Marco Wanderwitz Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender
Dr. Christoph Krupp Sprecher des Vorstands der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Thomas Dienberg Stadtbaurat Stadt Göttingen
Dr. Dorothee Stapelfeldt Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg
Moderation: Annamaria Schwedt empirica

13:30 bis 13:45 Uhr
Regionalen Ausgleich schaffen
Ina Scharrenbach Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen Im Gespräch mit
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender
Alexander Rychter Verbandsdirektor VdW-Rheinland Westfalen

14:30 Uhr
Verleihung des DIA-Forschungspreises
Prof. Dr. Marco Wölfle Wissenschaftlicher Leiter CRES/DIA
Katrin Schütz Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau in Baden-Württemberg
Moderation: Peter Graf Geschäftsführer DIA

15:00 Uhr
Flickenteppich bei der Grundsteuer
Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin des GdW
Hans Volkert Volckens Head of Real Estate KPMG
Mario Mühlbauer Dr. Hanns Maier GmbH & Co. Beteiligungs-KG
Bernhard Daldrup MdB SPD-Bundestagsfraktion
Moderation: Hans-Joachim Beck IVD

16:00 Uhr
Der Vermieter als Prügelknabe
Ivonne Kutzner Immobilien Consulting
Markus Jugan Vizepräsident des IVD
Martin Kaßler Geschäftsführer VDIV
Maren Kern Vorstand BBU
Monika Schmid-Balzert Mieterbund Bayern
Moderation: Dirk Labusch IW Immobilienwirtschaft

17:00 Uhr
BID-Marktplatz – must-haves für Ihr Unternehmen?
Analyse & Konzepte: Analyse-Plattform QUI5
Bettina Harms Geschäftsführerin Analyse & Konzepte
Innogy: IoT-basiertes Immobilienmanagement
Holger Scheffler Leiter Bereich Real Estate
Ista: facilio – Digitale Plattform für die Immobilienwirtschaft
Detlev Bruhns CSO ista Deutschland
Kone: Digitale Pakete für den Aufzug
Erik Kahlert Geschäftsführer Kone Deutschland
Immomio: Mietermatching jetzt mit Datenschutzzertifikat
Nicolas Jacobi Geschäftsführer Immomio
REM CAPITAL: Fördermittel vollständig erschließen
Hans Peter Trampe Vorstand REM CAPITAL
Moderation: Joachim Eckert GdW

18:30 Uhr
Messe Chillout
ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von KONE



Dienstag, 8. Oktober 2019

10:30 Uhr
Wohninvestments: Blasen, Schwärme und Hidden Champions
Manfred Neuhöfer Geschäftsleitung F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt
Jürgen Michael Schick Präsident IVD
Karl Strenger Geschäftsführer STRENGER Gruppe
Moderation: Dr. Josef Girshovich Managing Partner PB3C

11:00 Uhr
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
Dr. Christian Lieberknecht Geschäftsführer GdW
Reinhold Knodel Pandion Vorsitzender ZIA-AK Projektentwicklung
Axel Kasterich DKB Bereichsleiter
Dirk Salewski beta Eigenheim
Maren Kern Vorstand BBU
Moderation: Ulrike Trampe
DW Die Wohnungswirtschaft

12:00 Uhr
Pflege im Quartier – Zwischen Notwendigkeit und Zukunftsvisionen
Jan Hendrik Jessen Vorsitzender ZIA-Ausschuss Gesundheitsimmobilien
Rolf Schettler Geschäftsführer Schettler Verwaltung
Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin GdW
Karsten Nölling CEO KIWI.KI
Sina Clausmeyer Manager New Business und Connect Programm Rockethome
Moderation: Matthias Ehbrecht Chefredakteur CAR INVEST

13:00 Uhr
Klimakabinett, GEG und Co. – Der Gebäudesektor und der Klimaschutz
Ingeborg Esser Hauptgeschäftsführerin GdW
Christian Bruch Bundesgeschäftsführer BFW
Michael Lowak Stellvertretender Ausschussvorsitzender Energie und Gebäudetechnik ZIA
Stefan Preidt Vattenfall Wärme
Andreas Göppel Noventic
Moderation: Dirk Labusch IW Immobilienwirtschaft

14:00 Uhr
Finanzierungstrends – Blick auf Kreditbeziehungen
Thomas Jebens Mitglied des Vorstands Deutsche Kreditbank
Dr. Carsten Dürkop Vorstandsvorsitzender DZ HYP
Peter Stöhr Mitglied des Vorstands Dr. Klein
Moderation: Ingeborg Esser
Hauptgeschäftsführerin GdW

15:00 Uhr
„Serielles und modulares Bauen“ – Erste Praxisberichte
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender
Marcus Becker Vizepräsident HDB
Barbara Ettinger-Brinckmann Präsidentin Bundesarchitektenkammer
Rolf Buch Vorstandsvorsitzender Vonovia
Lothar Fehn Krestas MinDirig. im Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
Moderation: Michael Neitzel Geschäftsführer InWIS Forschung & Beratung

16:00 Uhr
Digitalisierung in der Kapitalanlage
Dr. Florian Stadlbauer Head of Digitalization Commerz Real
Andreas Heibroock Geschäftsführer PATRIZIA GrundInvest
Julian Oertzen Vorstand Real Estate Exporo
Moderation: Gero Gosslar Geschäftsführer ZIA

17:00 Uhr
EBZ Business School Preisverleihung
Grußwort: Anne Katrin Bohle Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Laudatoren:
Dr. Ralf Bausiepe Geschäftsführer Vivawest Wohnen GmbH & Mitglied des EBZ-Kuratoriums
Axel Gedaschko Präsident GdW und BID-Vorsitzender
Andreas Ibel Präsident BFW
Moderation: Klaus Leuchtmann
Vorstandsvorsitzender des EBZ

18:00 Uhr
Büromarkt: Status und Zukunft
Andreas Wende Vorsitzender ZIA-Ausschuss Büroimmobilien
Axel Quester IVD Vizepräsident
Karsten Nölling Vorsitzender der Geschäftsführung KIWI.KI
Moderation: Dr. Katrin Grumme
Geschäftsführende Gesellschafterin EGCP Projektentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft

19:00 Uhr
Standparty mit Live Musik
ermöglicht durch die freundliche Unterstützung von Ista



Mittwoch, 9. Oktober 2019

10:30 Uhr
Bock auf Bauen – Karriere in der Immobilienwirtschaft
Thomas Bühren Deutsche Immobilien-Akademie an der Universität Freiburg
Klaus Leuchtmann Vorstandsvorsitzender EBZ
Prof. Dr. Wolfgang Schäfers IREBS
Verena Rock FH Schaffenburg
Bärbel Schomberg Vizepräsidentin ZIA und Ausschussvorsitzende Diversity
Moderation: Markus Amon FRICS
Kienbaum Consulting